Kippels: „Ohne die Apotheke vor Ort ist unser Gesundheitssystem qualitativ weit weniger wert"

>> Angesichts anstehender Gesetzesänderungen und großer Herausforderungen, die auf das gesamte System zukommen und teilweise bereits existieren, sprach Kerem Inanc, Stellvertretender Vorsitzender des Bundesverbands des pharmazeutischen Großhandels e. V. (PHAGRO) und Vorsitzender der Geschäftsführung der Alliance Healthcare Deutschland, drei Themen an, die seine Branche momentan stark beschäftigen. Zum einen ist das die aktuelle Vergütungssituation, nach Inanc gar eine „fehlende angemessene Vergütung". Obwohl der pharmazeutische Großhandel systemrelevant sei, um alle Bürger:innen des Landes sowie Patient:innen mit Arzneimittel zu versorgen, stehe der Pharmagroßhandel in der jetzigen Phase „nicht ausreichend auf dem Radar der Politik", wie man dem aktuellen Koalitionsvertrag entnehmen könne. Obwohl PHAGRO es begrüße, dass im Koalitionsvertrag eine Anpassung der Apothekenvergütung vorgesehen ist, sei eine „stabile Vergütung" seit 14 Jahren eine Herausforderung für den pharmazeutischen Großhandel. Inanc: „Wir verzeichnen seit 14 Jahren steigende Kosten und wachsende Anforderungen. Es ist für uns umso bedenklicher, dass nun Änderungen geplant sind, die zulasten des pharmazeutischen Großhandels gehen könnten. Wir müssen deutlich machen, dass die bestehende Mindestvergütung von 73 Cent kein Spielraum ist, sondern das Fundament, mit dem wir die Versorgung gewährleisten." Seine Forderung an die beim Parlamentarischen Abend des PHAGRO anwesende Politiker: „Wir benötigen Rückendeckung, eine angemessene Vergütung und keine Experimente."

Als zweites Thema nahm sich der Alliance-Healthcare-Chef Lieferengpässe und Vorfinanzierung vor. Lieferengpässe seien leider zum Alltag geworden, was glücklicherweise Patient:innen im Alltag nicht so stark bemerken würden, da der Großhandel gemeinsam mit Apotheken und der Industrie tagtäglich die Versorgung gewährleiste. Hierzu investiere der pharmazeutische Großhandel enorm in Logistik, Lagerhaltung und Vorfinanzierung. So liege der Vorfinanzierungsbedarf mittlerweile bei 4,4 Milliarden Euro – Tendenz steigend, gab Inanc zu Protokoll. Inanc: „Wir werben dafür, dass die Industrie faire und angemessene Rahmenbedingungen erhält. Dies ist enorm wichtig, damit das Medikament auch bei Dringlichkeit just in time in der Apotheke für den Patienten ankommen kann.



Dr. iur. Georg Kippels (CDU) MdB, Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Gesundheit beim Parlamentarischen Abend der PHAGRO.

Die dritte Herausforderung thematisierte Marcus Freitag, Vorsitzender der PHAGRO. Seinen Worten zufolge ist der Versandhandel ein Problemthema für die gesamte Branche. Als er vor knapp 30 Jahren im Großhandel angefangen hätte, habe das Verhältnis in der Apotheke bei etwa 70 Prozent verschreibungspflichtigen Arzneimitteln (RX) zu 30 Prozent nicht verschreibungspflichtigen Produkten (Non-RX/OTC) gelegen. Diese 30 Prozent Non-RX machten damals den Löwenanteil der Erträge aus. Heute seien Produkte wie zum Beispiel hochdosierte OTC-Präparate nicht mehr in der stationären Apotheke. Freitag: „Wir sitzen mit der Apothekerschaft im selben Boot: Wenn es den Apotheken nicht gut geht, hat auch der Großhandel Probleme." An der Stelle ist für Freitag das seit Langem diskutierte Thema der Temperaturkontrolle wichtig. Es kann, so der PHARGRO-Vorsitzende, nicht sein, dass Industrie, Großhandel und Apothekerschaft die Einhaltung der Temperaturkontrolle sicherstellen, während ein Versender, beispielsweise aus Holland, mit DHL bei 40 Grad an den Tegernsee liefert und dies zugelassen wird. Freitag: „Aus unserer Sicht ist das keine Gleichbehandlung."

Er verstehe zwar, dass die Politik den Wunsch des Endverbrauchers nach Versandhandel sieht und sich schwertut, diesen zu verbieten, doch sei er überzeugt davon, dass die Politik erst reagieren wird, wenn ein schwerwiegender Vorfall publik wird. Er wünsche sich jedoch, auch im Namen der Apothekerschaft, dass dieses Thema dringend angegangen werde.

Ein weiterer, fast noch schlimmere Punkt, dessen Auswirkungen sich im Anfangsstadium befänden, ist nach Freitag das Thema Rabatte auf RX-Arzneimittel. In Deutschland seien Rabatte auf RX untersagt. Versandhändler hingegen gewährten Rabatte von 15 oder 20 Euro auf Arzneimittel, was aus seiner Sicht nicht richtig sein könne, aber nicht unterbunden werde.

Abschließend ging Freitag auf eine neue Bedrohung ein: Durch Drogeriemärkte und Discounter wie DM, Rossmann, Müller, Lidl, Aldi), so Freitag, wird das Thema OTC-Commodities von Tschechien aus angegangen und dabei würden 20 Millionen Kundenkarten sowie 1.200 Abholautomaten in Deutschland genutzt. „Angesichts des sehr guten Rufs von DM in der Bevölkerung kann es nicht im Interesse der Politik sein, dass dadurch signifikante Umsätze der Apothekerschaft und dem Großhandel abgenommen werden", argumentierte der PHAGRO-Vorstand für die etablierte Apothekenschiene.

In seinem Statement nahm Dr. iur. Georg Kippels (CDU) MdB, Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Gesundheit, einige der genannten Punkte auf. „Wir benötigen für eine qualitativ hochwertige, ortsnahe Versorgung die Apotheke vor Ort und korrespondierend dazu den pharmazeutischen Großhandel", gab er ein eindeutiges Bekenntnis zur Apotheke vor Ort ab. Doch müsse man aus der Kombination von gesetzgeberischem Druck und dem Druck aus der Bevölkerung agieren. Bedauerlicherweise sei der Druck der Kundschaft auf die Politik noch nicht intensiv genug. Der pharmazeutische Sektor gilt Kippels Worten zufolge in der Politik als nett, entgegenkommend, höflich und wenig konfrontativ, was nicht auf Dauer so bleiben dürfe. Kippels: „Wir müssen kollektiv daran arbeiten, das Bewusstsein zu schärfen: Ohne die Apotheke vor Ort ist unser Gesundheitssystem qualitativ weit weniger wert." In absehbarer Zeit werde es ein Apothekenpaket geben, das derzeit noch geschnürt wird. Er sei zuversichtlich, dass es anschließend einen lebhaften parlamentarischen Prozess geben werde. „Wir müssen die letzten notwendigen Korrekturen vornehmen, um dem System Stabilität zu verleihen", gab er eine Zielvorstellung aus. <<